

2281/J XXI.GP
Eingelangt am: 03.04.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten **Dr. Kurzmann und Kollegen**

an Frau Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Benita Ferrero - Waldner

betreffend österreichisch - slowenische Beziehungen

In den vergangenen Monaten besuchten sowohl der slowenische Regierungschef als auch der neue Außenminister Österreich.

In der Berichterstattung der österreichischen Medien wurde in diesem Zusammenhang häufig auf die AVNOJ - Gesetze und die sich für die Gegenwart ergebenden Probleme hingewiesen. Neben dem „österreichisch - slowenischen Kulturabkommen“, das in den nächsten Tagen unterzeichnet werden soll, ist auch das Problem der Entschädigung der Heimatvertriebenen noch nicht gelöst.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten stellte dazu etwa am 14.12.2000 unter anderem fest:

„Was hingegen die heimatvertriebenen Angehörigen der deutschsprachigen Volksgruppe im ehemaligen Jugoslawien betrifft, so hat Österreich immer die Auffassung vertreten, daß deren nach 1945 erfolgte Vertreibung und entschädigungslose Enteignung auf Grund der Kollektivschuldvermutung der AVNOJ - Bestimmungen nach heutigen Standards menschen - und völkerrechtswidrig ist. Das Programm der Bundesregierung sieht daher vor, daß Österreich um sachgerechte Lösungen in den Fragen der in der Folge der Avnoj - Bestimmungen nach Österreich vertriebenen deutschsprachigen Bevölkerung bemüht sein wird.

Österreich ist der Auffassung, daß die im slowenischen Denationalisierungsgesetz aus dem Jahre 1991 fortwirkende Kollektivschuldvermutung der Avnoj - Bestimmungen und die damit verbundene Beweislastumkehr in den Denationalisierungsverfahren ehemalige königlich - jugoslawische Staatsbürger deutscher Abstammung diskriminiert.

Diese österreichische Forderung nach Einhaltung des rechtsstaatlichen Prinzips der Nichtdiskriminierung wird sowohl von der Bundesministerin bei ihren bilateralen Kontakten als auch im Rahmen der EU - Beitrittsverhandlungen gegenüber der slowenischen Seite mit allem Nachdruck vertreten.“

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an Frau Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Benita Ferrero - Waldner, nachstehende

ANFRAGE

1. Haben Sie diesen oben dargestellten Standpunkt auch gegenüber den slowenischen Politikern bei deren letzten Besuchen in Wien zum Ausdruck gebracht?
Wenn ja, wie war deren Antwort?
Wenn nein, warum nicht?

2. Wie ist der Stand der Verhandlungen bisher?
3. Glauben Sie, daß diese Angelegenheit noch bis zum angestrebten EU - Beitritt Sloweniens befriedigend gelöst werden kann?